

Erinnerungsorte der Liberalen und liberale Erinnerungsorte in Berlin.

Spurensuche zur liberalen Erinnerungskultur an einem deutschen »Machtort«

I.

Schon als die Planungen für den diesjährigen Themenschwerpunkt bekannt gemacht wurden, diskutierte man unter den zur Mitwirkung eingeladenen Liberalismus-Experten heftig, ob es überhaupt möglich sei, »liberale Erinnerungsorte« oder »Erinnerungsorte der Liberalen« außerhalb Südwestdeutschlands und speziell in Berlin ausfindig zu machen, und es somit lohnend sei, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Am Beispiel Berlins kann man schnell feststellen, dass solche Skepsis nur allzu berechtigt ist. Berlin war – und ist wieder – in der Tat als Herrschaftszentrum zum einen ein »Machtort«, ungünstig für die Ausbildung einer liberalen politischen Kultur: »Eine Tradition bürgerlicher Freiheit und Selbstverwaltung konnte hier nicht entstehen.« So heißt es noch in einer jüngst wieder aufgelegten Stadtgeschichte.¹ Die Jahrhunderte währende Funktion der Stadt als Residenz- und Hauptstadt zunächst Brandenburg-Preußens, dann des kleindeutschen Nationalstaates hinterließ auch in der Erinnerungskultur unübersehbare Spuren, die anderes zu verdecken scheinen. Nicht zu Unrecht hat eine neuere, in unserem Zusammenhang wichtige Untersuchung eine »martialische Dominanz Berliner Monarchen- und Triumphdenkmäler« konstatiert.²

Das gilt aber auch im übertragenen Sinne, wenn man den Ruf der Stadt außerhalb des preußisch-brandenburgischen Kernlands in Betracht zieht. Bernd Sösemann hat dies vor einem Jahrzehnt so umschrieben: »Wertschätzung und Abneigung, Vorurteile und Erwartungen vielfältiger Art änderten sich im Laufe der Jahrzehnte, doch selten wurde ein Urteil über Berlin gefällt, in dem nicht ›Preußisches‹ mitformuliert oder wenigstens mitgedacht war.«³ Die

1 Hiltrud Wallenborn, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.): Berlin – Geschichte einer Stadt. Berlin 2007, S. 17.

2 Helke Rausch: Kultfigur und Nation. Öffentliche Denkmäler in Paris, Berlin und London 1848-1914. München 2006, S. 486.

3 Bernd Sösemann: Exerzierfeld und Labor deutscher Geschichte. Berlin im Wandel der deutschen und europäischen Politik zwischen 1848 und 1933, in: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hrsg.): Berlin. Die Hauptstadt – Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Bonn 1999, S. 101.

historische Erinnerung an und über Berlin ist also kaum von seiner Funktion für Preußen abzulösen.

Natürlich gibt es auch »nachpreußischen« Phasen in der Stadtgeschichte; sie begannen im Prinzip schon im Kaiserreich. Durch sie wurde schon im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik bereits der Preußen-Bezug sehr viel schwächer, siehe das Schlagwort von der »Reichshauptstadt«,⁴ nach 1933 ging er weitgehend verloren. Diese Abschnitte der Stadtgeschichte, also das Berlin im Dritten Reich und im geteilten Deutschland, haben sich andererseits heute vor allem in der kollektiven Berlin-Erinnerung der Deutschen – und nicht nur derer – besonders stark niedergeschlagen. So bezieht Peter Steinbach beispielsweise seinen Appell, dass sich Berlin seiner Geschichte stellen muss, in erster Linie auf die Zeit des Nationalsozialismus.⁵

In einer so umgewälzten und widersprüchlichen Geschichtslandschaft, wie sie die alte und neue deutsche Hauptstadt bietet, ist es von vornherein schwer, liberale Spuren und vor allem die Erinnerung daran ausfindig zu machen. Erinnerung und Erinnerungsorte kann es sinnvollerweise ja nur dann geben, wenn ihnen eine sie konstruierende historische Substanz zugrunde liegt. Um eine der renommiertesten Expertinnen auf diesem Gebiet sprechen zu lassen: »Erinnerungsorte sind zersprengte Fragmente eines verlorenen oder zerstörten Lebenszusammenhangs.«⁶ Unsere erste Frage muss also sein, ob es in Berlin eine solche, möglicherweise erinnerungsstiftende »liberale Substanz« gegeben hat. Aber selbst wenn sich etwas derartiges ausfindig machen lässt, besagt dies noch nichts über eine daraus hervorgehende Erinnerungskultur, denn die Erinnerung könnte ja auch zum großen Teil oder in Gänze verloren gegangen sein. Michael Maurer hat dies jüngst mit zwei Bemerkungen trefflich umschrieben. Einmal meint er wohl völlig zu Recht: »... in der Tat gibt es keine Kultur ohne Tradition oder Überlieferung«,⁷ mithin ohne diese auch keine »Erinnerungskultur«. Damit eine solche entsteht, muss nicht nur ein reales historisches Geschehen irgendwie erinnert werden, sondern die Erinnerung mit Werten und Schlussfolgerungen verbunden werden. Denn:

4 Vgl. S(abine) H(ollberg)/G(ottfried) K(orff): Metropole in Gardeuniform. In: Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt. Berlin 1987, S. 255 ff – der entsprechende Ausstellungsteil war »Reichshauptstadt und »Parvenüpolis« überschrieben, ebd. S. 252 – sowie Gerhard Brunn: Die Deutschen und ihre Hauptstadt, in: Hauptstadt. Zentren, Residenzen, Metropolen in der deutschen Geschichte. Köln 1989, S. 22 ff sowie Hans Wilderott: Die Wilhelm-Straße, in: Ebd., S. 331.

5 Peter Steinbach: Berlin unter dem Nationalsozialismus, in: Süß/Rytlewski (wie Anm. 2), S. 147. Ganz ähnlich im Tenor jüngst Kurt Kister: Bühne Berlin. In: Süddeutsche Zeitung 172 v. 25.7.2008, S. 12: »In jedem Fall ist Berlin zu eng mit den blutigen und/oder autoritären Abschnitten der deutschen Geschichte seit dem alten Kaiser Wilhelm verbunden.«

6 Aleida Assmann: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. 3. Aufl. München 2006, S. 309.

7 Michael Maurer: Kulturgeschichte. Eine Einführung. Köln 2008, S. 24.

»Geschichtlich entscheidend wird nur, was aus der Fülle des Geschehenen mit Bedeutung belegt wird, herausgehoben aus dem Kontinuum des Geschehens«.⁸

II.

Daraus folgt als ein weiterer Schritt im Gang der Überlegungen zum liberalen Erinnerungsort Berlin, ob die Erinnerung an die »liberale Substanz« dort von bestimmter Seite, sei es von den Liberalen selbst, sei es von offizieller Seite aufrecht erhalten worden ist und in wieweit sich dieser Erinnerungsstrang ggf. neben den vielen anderen, insbesondere dem von Sösemann herausgestellten »preußischen«, hat behaupten können. Um diese Suche an dieser Stelle – wie es so schön heißt – »operationalisierbar« zu machen, werden sich im Folgenden Beschränkungen auferlegt und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits wird die Suche nach der »liberalen Substanz« in Berlin auf die Zeit vor 1933 begrenzt, andererseits wird sowohl diese »liberale Substanz« als auch die Erinnerung daran in Beziehung auf den parteipolitisch organisierten Liberalismus gesucht. Es wäre sicherlich reizvoll und sinnvoll allemal, auch andere »liberale Traditionen« außerhalb der Parteipolitik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Kultur etc. ausfindig zu machen und herauszuarbeiten, jedoch stößt dies nicht nur angesichts der Vorarbeiten auf große Schwierigkeiten und muss hier nolens volens außen vor bleiben. Zwar existiert seit einigen Jahren eine Zusammenstellung der Berliner »Orte der Demokratie«, ⁹ aber diese ist in der Tat nur eine – in ihrer Art sicher verdienstvolle – Zusammenstellung für Zwecke der politischen Bildung, ohne tieferen erinnerungshistorischen Forschungsdrang. Sie enthält natürlich auch einige für eine liberale Erinnerungskultur bedeutsame Hinweise, etwa auf die kommunale Selbstverwaltung oder die preußische Nationalversammlung,¹⁰ aber der »demokratische« Erinnerungsaspekt ist natürlich zwangsläufig sehr viel weiter gefasst als ein spezifisch liberaler; der Verfasser legt ihm im Grunde die gesamte politische Kultur der heutigen Bundesrepublik zu Grunde. Die liberale Erinnerungskultur fließt damit natürlich ein, gewinnt aber kein eigenständiges Profil in Bezug auf Berlin.

Dagegen enthält die bekannte, »kanonbildende Essaysammlung«¹¹ zu den »Deutschen Erinnerungsorten« von Etienne François und Hagen Schulze

8 Ebd., S. 40.

9 Manfred Görtemaker: Orte der Demokratie in Berlin. Berlin/Bonn 2004.

10 Vgl. ebd., S. 104-107 und 125-132.

11 Jürgen John: »Schiller – Abbe – Haackel«. Strukturen und Konstellationen national konnotierter »Jena-Bilder«, in: ders./ Justus H. Ulbricht (Hrsg.): Jena – ein nationaler Erinnerungsort? Köln u. a. 2007, S. 34.

zwar einen eigenen Abschnitt zum Thema »Freiheit«¹² und weist sogar angeblich eine von den Herausgebern selbst konzedierte »latente Berlin-Gewichtung«¹³ auf. Doch die unter der Rubrik »Freiheit« publizierten Essays mit direktem Berlin-Bezug behandeln nur zwei Erinnerungsorte aus der Zeit nach 1933, die in dem hier gewählten Zusammenhang auch deshalb außer acht gelassen werden können, da sie nicht mit liberalen Persönlichkeiten und Parteiorganisationen in Verbindung stehen.¹⁴ Insgesamt unterstreicht auch diese Essaysammlung andererseits noch einmal die große Bandbreite des Erinnerungsortes Berlin insgesamt und die Probleme, darin liberale Teilaspekte ausfindig zu machen. Immerhin lässt sich darin aber schon ein brauchbarer Hinweis auf eine mögliche mit Berlin verbundene liberale Erinnerungskultur finden, nämlich in dem Essay zu Walther Rathenau, der aber bezeichnenderweise nicht im Kapitel »Freiheit«, sondern in dem zur »Moderne« auftaucht.¹⁵

Andererseits fehlt bislang eine umfassende Untersuchung zu dem gesamten Erinnerungsort Berlin, so wie sie etwa jüngst für Jena vorgelegt worden ist.¹⁶ Berlin als eigener Erinnerungsort wird auch nicht in der erwähnten, monumentalen Essaysammlung von François und Schulze thematisiert, was eigentlich erstaunlich ist. Denn die dafür die Vorlage bildende noch umfangreichere Sammlung von Pierre Nora hat sich ja durchaus dem Erinnerungsort »Paris« gewidmet.¹⁷ Dieser Aufsatz von Maurice Agulhon ist insofern sehr aufschlussreich, als er genau auf jene Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit eines Jahrhunderts alten politischen Zentrums als Erinnerungsort hinweist, die eben auch freiheitliche, will sagen liberale Konnotationen beinhalten: »Paris« steht zudem für ganz bestimmte Werte und Realitäten – aber welche sind das eigentlich? Der reglementierende, schikanierende, steuereintreibende Staat? Die Stadt des Vergnügens, der Versuchung und des Verderbens? Oder der Hort der freien Rede und schrankenlosen Denkens?«¹⁸ Dieser Facettenreichtum ist eben ihm zufolge auch nicht für die Erinnerungskultur vor Ort ohne Folgen geblieben, wobei Agulhon davon ausgeht, dass sich Ähnliches für viele Hauptstädte Europas, zu denen Berlin durchaus zu rechnen ist, abzeichnet: »Wie alle alten Hauptstädte ist Paris andererseits übersät von wichtigen Erinnerungsstätten, die ideologisch oder politisch belegt sind, was

12 Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 2. München 2001, S. 135-265

13 Dies.: Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1. München 2001, S. 14.

14 Vgl. Jürgen Danyel: Der 20. Juli, in: François/Schulze (Hrsg.): Bd. 2 (wie Anm. 12), S. 220-237 u. Dominik Geppert: Die Freiheitsglocke, in: ebd., S. 238-252.

15 Martin Sabrow: Walther Rathenau, in: ebd., S. 601-619.

16 Vgl. John/Ulbricht (wie Anm. 11).

17 Maurice Agulhon: Paris – Durchquerung von Ost nach West, in: Pierre Nora (Hrsg.): Erinnerungsorte Frankreichs. München 2005, S. 517-541.

18 Ebd., S. 517.

aber nur mehr oder weniger bewusst wahrgenommen wird.«¹⁹ Überdies unternimmt er es, die unterschiedliche(n) Erinnerungskultur(en) einzelner Stadtteile herauszuarbeiten, was vermutlich auch für Berlin eine spannende Frage wäre, ohne dass dem im Folgenden schon nachgegangen werden könnte. Da Berlin gerade in den letzten beiden Jahrhunderten mit Paris um eine führende Stellung unter den europäischen Metropolen wetteiferte und die politischen Landschaften seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zwar in vielen Einzelheiten von einander unterschieden, aber keineswegs völlig gegensätzlich waren, müsste es auch Spuren einer liberalen Erinnerungskultur in Berlin geben.

III.

Einen Ansatzpunkt bei der Suche danach bildet natürlich die mehrfach angesprochene Funktion Berlins als politisches Zentrum. Denn natürlich musste dies sich seit der allmählichen Öffnung des politischen Massenmarktes während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch auf den parteipolitisch organisierten Liberalismus in Preußen und Deutschland anziehend auswirken. Dementsprechend sind zwischen 1861 und 1918 nicht nur alle bedeutenden Parteien der Liberalen in Berlin gegründet worden, sondern diese haben dort auch ihren organisatorischen Mittelpunkt gehabt. Die einzige nennenswerte Ausnahme war die auf Süddeutschland beschränkte »Demokratische« oder »Deutsche Volkspartei« mit Sitz in Stuttgart. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingerichteten Geschäftsstellen der liberalen Parteien waren sehr zentral in der Stadtmitte Berlins gelegen: Das »Zentralbüro der Nationalliberalen Partei Deutschlands« logierte am Vorabend des Ersten Weltkriegs in »Berlin W 66, Wilhelmstraße 45/47 III. Etage«, wo man sogar über einen Fahrstuhl verfügte.²⁰ Nicht ganz so dicht am eigentlichen Machtzentrum des Reiches und des Staates Preußen, aber dennoch recht zentral ansässig waren etwa zeitgleich das »Bureau des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Volkspartei«, das in der Zimmerstr. 8 sich bei der Freisinnigen Zeitung untergemietet hatte,²¹ und die Zentrale des »Wahlvereins der Liberalen«, der Schwesterpartei »Freisinnige Vereinigung«, in der Dessauer Straße 13.²² Nicht ganz logisch erscheint, dass später die Geschäftsstelle der die beiden freisinnigen Parteien samt Süddeutschen Demokraten vereinigenden »Fortschrittlichen Volkspartei« in unmittelbarer Nähe der Freisinnigen Zei-

19 Ebd., S. 519.

20 Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches 6. Jg. (1914/15), S. 8.

21 Vereinskalendar der Freisinnigen Volkspartei für das Jahr 1902/1903, S. 16.

22 Vgl. Die Hilfe Nr. 21 v. 14.5.1908, S. 333.

tung lag,²³ die Reichsgeschäftsstellen der Deutschen Demokratischen Partei 1920 und 25 aber wieder in der Gegend der Freisinnigen Vereinigung, nämlich in der Köthener und der Bernburger Straße.²⁴ Zu dieser Zeit hatte übrigens auch die nationalliberale Konkurrenz ihre Position im unmittelbaren Machtzentrum geräumt und war von der Wilhelm- in die Friedrichstraße 226 umgezogen.²⁵

Mit all dem verbindet sich aber kaum eine Erinnerung, was sich insofern dadurch erklären könnte, dass Geschäftsstellen in liberalen Augen allenfalls eine unumgängliche Notwendigkeit haben, aber nicht Orte sind, die sich mit Triumph oder Trauma verbinden und deshalb zu Erinnerungsorten werden können.²⁶ Eine Frage allerdings, die sich dann sogleich stellen könnte, wäre, ob es sich mit der Bayerischen Strasse 5 anders verhält. Denn hier wurde eine Erinnerungstafel angebracht, die an die dort erfolgte Gründung der Liberal-Demokratischen Partei im Juni 1945 erinnert.²⁷ Zwar war hier in Schöneberg nicht die Geschäftsstelle der Liberaldemokraten – sie befand sich bekanntlich in der Tauben- und zwischenzeitlichen Johannes-Dieckmann-Straße in Mitte –, aber diese Adresse ist offenbar der einzige Ort in Berlin, wo an eine liberale Parteioorganisation öffentlich erinnert wird. Eigentümlicherweise bezieht sich diese Erinnerung auf eine liberale Partei, die zwar eigentlich an ihre Vorgängerinnen anknüpfen wollte, dies aber umständehalber gar nicht mehr so recht konnte und später – die Unterorganisation in West-Berlin ausgenommen – zu einer der DDR-Blockparteien mutierte.²⁸

IV.

Wenn also in der Regel die Gründungslokale und Geschäftsstellen nicht zu Erinnerungsorten der Liberalen in Berlin geworden sind, verhält es sich dann mit den klassischen Wirkungsstätten liberaler Politik anders? Diese waren natürlich analog der Hauptstadtfunktion Berlins die vor Ort ansässigen Parla-

23 Zimmerstr. 8, vgl. den Stempel in dem Exemplar von Friedrich Naumann: *Freiheitskämpfe*. Berlin-Schöneberg 1911, dass sich in der Bibliothek des Archivs des Liberalismus befindet (Sign. C1-1015).

24 Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, S. 33.

25 Ludwig Richter: *Die Deutsche Volkspartei 1918-1933*. Düsseldorf 2002, S. 164.

26 Vgl. zu letzterem Assmann: *Erinnerungsräume* (wie Anm. 6), S. 14.

27 Die Tafel wurde erst Anfang 2008 angebracht und ist deshalb noch nicht bei Holger Hübner: *Das Gedächtnis der Stadt. Gedenktafeln in Berlin*. Berlin 1997 erwähnt, vgl. aber www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/bezirk/gedenktafeln/ldp.html. Diese und die weiteren Internet-Angaben nach Stand vom März 2009.

28 Vgl. dazu allgemein Jürgen Frölich: *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)*. In: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), *Die Parteien und Massenorganisationen der DDR. Ein Handbuch*. Berlin 2002, S. 311-342 sowie speziell zur Gründung ders.: *Von Berlin nach Heppenheim und Bonn. Der deutsche Liberalismus zwischen Triumph und Tragik 1945-1949*. In: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.): *Die Kraft der Freiheit. 60 Jahre Freie Demokratische Partei*. Stuttgart/Leipzig 2008, S. 21-38

mente, zunächst des Staates Preußen, dann vor allem des Reiches. Die Spuren der preußischen Volksvertretungen haben sich weitgehend verloren,²⁹ aber das alte – eigentliche »neue«³⁰ – Reichstagsgebäude steht noch und hat bekanntlich seine alte Funktion wieder zurück gewonnen. Eine besondere Beziehung der Liberalen zu dem Wallotbau lässt sich auf den ersten Blick nicht erkennen. Das mag damit zusammenhängen, dass der Reichstag dort 1894 seine Arbeit aufnahm, als die Hochzeit des deutschen Liberalismus auf nationaler Ebene, soweit dies sich in Mandaten niederschlug, bereits ihren Zenit überschritten hatte. Der Ort wurde in liberaler Eigenperspektive während des späten Kaiserreiches zu einer Stätte, wo die Liberalen vor allem politische »Rückzugsgefecht(e)« führen mussten.³¹ Eine jüngere Untersuchung zum Erinnerungsort »Reichstag« kommt dann auch bezeichnenderweise zu dem Ergebnis, dass es vor 1933 weniger Liberale, sondern am ehesten noch Sozialdemokraten waren, die sich der »Symbolwirkung des Reichstagsgebäudes« bedient hätten.³² Und später hätte der Reichstag vor allem für die deutsche Einheit und weniger für den Parlamentarismus gestanden,³³ was Aneignung durch die liberale Erinnerungskultur zwar nicht ausschließt, wohl aber wegen der schon erwähnten vergleichsweise späten Errichtung des Baus – der Höhepunkt der liberalen Nationalbewegung lag da schon mehrere Jahrzehnte zurück – sicherlich erschwert. Die genannte Studie konnte allerdings noch nicht die wiederbelebte Funktion des Wallot-Baus als Parlamentssitz berücksichtigen. Diese hat inzwischen insofern Folgen auch für die Erinnerungsfunktion des gesamten Gebäude-Komplexes, da einige neugebaute Gebäudeteile nach bekannten früheren Parlamentariern benannt worden sind, darunter einer nach der langjährigen DDP-Reichstags- und FDP-Bundestagsabgeordneten Marie-Elisabeth Lüders.³⁴ Diese Benennung, die auf Vorschlag der FDP erfolgte,³⁵ weist zwar auf die Verbindung von Weimarer und Nachkriegs-Liberalismus hin und gilt sogar einer in Berlin geborenen und wirkenden Liberalen,³⁶ aber ob sich daraus ein Erinnerungsort der Liberalen oder gar

29 Vgl. dazu Görtemaker (wie Anm. 9), S. 126-133, speziell S. 133.

30 Eugen Richter hat einen Teil seiner Erinnerungen dem »alten« Reichstag in der Leipziger Straße 4 gewidmet, vgl. ders.: Im alten Reichstag. Bd. 1 u. 2. Berlin 1894.

31 So Friedrich Naumann 1906 in seinem Nachruf auf Eugen Richter. In: ders.: Werke Bd. 5. Opladen 1964, S. 275.

32 Stefanie Frey: Von der »Quatschbude« zum Symbol der Einheit – Das Reichstagsgebäude. In: Constanze Carcenac-Leconte u. a. (Hrsg.): Steinbruch Deutsche Erinnerungsorte. Annäherung an eine deutsche Gedächtnisgeschichte. Frankfurt/M. u.a. 2000, S. 239 f.

33 Vgl. ebd., S. 245 ff.

34 Vgl. www.bundestag.de/bau_kunst/bauwerke/luedershaus/architektur/index.html.

35 Dem ehemaligen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Manfred R. Eisenbach, danke ich für Hintergrundinformationen.

36 Vgl. zu Lüders zuletzt zusammenfassend Jürgen Frölich: Marie-Elisabeth Lüders – »wir sind fanatische Menschenrechtlerinnen«. In: Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Die liberale Frauenbewegung – Lebensbilder. Berlin 2007, S. 97-110 und Heide-Marie Lauterer: »Fürchte Dich nicht« – Marie-Elisabeth Lüders' Stellung zu den beiden deutschen Diktaturen. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 17 (2005), S. 91-98.

ein liberaler Erinnerungsort entwickeln wird, ist derzeit nicht absehbar und erscheint bei der im Vordergrund stehenden Funktionalität des Ortes – er dient unter anderem als Besprechungsraum, Bundestagsbibliothek und -archiv sowie demnächst wohl auch als Besucher-Bistro³⁷ – auch eher fraglich.

IV.

Mit dem Namen Marie-Elisabeth Lüders gerät in jedem Fall aber ein weiterer Ansatzpunkt auf der Suche nach der erinnerungsstiftenden »liberalen Substanz« in Berlin in den Blick: die direkt mit Berlin verbundenen Liberalen. Diese kann man grob in zwei, sich naturgemäß teilweise überlappende Kategorien einteilen:

- in Berlin geborene liberale Politiker und
- in und für Berlin wirkende Politiker.

Da zwischen 1867 und 1933 praktisch alle liberalen Spitzenpolitiker, soweit sie auf nationaler Ebene tätig waren, quasi automatisch in Berlin wirkten, entweder in den dortigen Parlamenten oder den Regierungen, sind hier besonders unter beide Kategorien fallende Persönlichkeiten interessant. Dazu gehört Gustav Stresemann, der in der Köpenicker Straße 66 an der Grenze von Mitte und Kreuzberg geboren wurde und später in Berlin wohnte,³⁸ allerdings weder für Berlin ein parlamentarisches Mandat hatte noch dort kommunalpolitisch aktiv war. Fast gleichaltrig wie Stresemann war die in der Kurfürstenstraße 55 und damit noch außerhalb des eigentlichen Berlins geborene³⁹ Marie-Elisabeth Lüders, die später für Berlin im Reichs- und im Bundestag saß und zeitweise in Berlin auch Kommunal- resp. Stadtpolitik betrieb, also unter rein formalen Aspekten noch mehr in Berlin verankert war als der langjährige Reichsaußenminister. Ein anderes bekannteres Beispiel für die Doppelkategorie ist Franz Duncker, Berliner Land- und Reichstagsabgeordneter und Gewerkschaftsgründer, aus einer bekannten Berliner Verlegerfamilie stammend.⁴⁰ Zu diesem Kreis »Urberliner Liberaler« gehört auch Hugo Preuß, der

37 Vgl. www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/luedershaus/index.html und www.bundestag.de/bau_kunst/bauwerke/luedershaus/technik.html.

38 Geburts- und späteres Wohnhaus in der Tauentzienstr. 9 stehen nicht mehr, aber auf das letztere weist eine Gedenktafel hin, vgl. Hübner (wie Anm. 27), S. 232 u. de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gedenktafel_Gustav_Stresemann.jpg sowie Kurt Koszyk: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat. Köln 1989, S. 19 u. passim

39 Marie Elisabeth Lüders: Fürchte Dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren 1878 – 1962. Köln/Opladen 1963, S. 11.

40 Zu ihm vgl. Jürgen Frölich: Franz Duncker (1822-1888). Berliner Großbürger, preußischer Demokrat und liberaler Gewerkschaftsgründer; in: liberal 30 (1988), H. 2, S. 77-85.

zunächst jahrzehntelang kommunalpolitisch wirkte, ehe er als »Vater« der »Weimarer« (!) Reichsverfassung seinen Auftritt auf der nationalen politischen Bühne hatte.⁴¹ Alle vier Genannten haben übrigens Ehrengräber der Stadt Berlin bekommen.⁴² Die große Mehrheit der »Berliner« Liberalen mit bekannteren Namen war aber zugezogen und fiel somit unter die zweite Kategorie. Sie umfasst vor allem in Berlin gewählte Nationalparlamentarier und Größen der Berliner Lokalpolitik.

Mit letzterem ist man wohl bei dem angelangt, was hauptsächlich die »liberale Substanz« in Berlin ausmachen dürfte. Negativ gewendet aus Sicht der politischen Konkurrenz ist dies der bekannte, von Bismarck perhorreszierte »fortschrittliche Ring«, der »die Stadt beherrscht(e)«. ⁴³ Gemeint war damit die starke Stellung, über die der Linksliberalismus zeitweise bei der Vergabe preußischer und nationaler Parlamentsmandate in der Hauptstadt und längerfristig in der Berliner Kommunalpolitik zum Missvergnügen konservativer Kreise verfügte: »Was die kommunalpolitische Gestaltung angeht, so ist für Berlin von der sog. Neuen Ära bis zum Ersten Weltkrieg der Liberalismus die entscheidende Kraft gewesen.«⁴⁴ Von 1862 bis 1929 kamen alle Berliner Stadtoberhäupter entweder direkt aus den Reihen der Liberalen oder standen mit dem organisierten Liberalismus in mehr oder minder enger Beziehung.⁴⁵ Bei den 13 Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1918 behielten 46 Mal liberale Kandidaten in den sechs Berliner Wahlkreisen die Oberhand, was einer Erfolgsquote von fast 50 % entspricht; allerdings ging die sich anfänglich auf alle Bezirke erstreckende Vormacht des Liberalismus immer weiter zurück, bis schließlich 1912 nur noch der Wahlkreis Berlin-Mitte gehalten werden konnte.⁴⁶ Alle dabei gewählten Abgeordneten waren Fortschrittler oder Freisinnige, Nationalliberale bekamen hier kein Bein auf den Boden. Die einzige Ausnahme bildete Eduard Lasker, selbst später beim Linksliberalismus, der

41 Da eine große Preuß-Biographie immer noch fehlt vgl. zuletzt Arndt Vaatz: Hugo Preuß (1860-1925). In: Michael Fröhlich (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien. Darmstadt 2002, S. 15-26.

42 Vgl. Hans-Jürgen Mende: Lexikon Berliner Grabstätten. Berlin 2006, S. 63, 83 f., 107, u. 284 sowie unten S. 83.

43 Die Äußerung fiel im Reichstag am 4. März 1881 während eines Rede-Duells mit dem Berliner Oberbürgermeister und freisinnigen MdR Max von Forckenbeck, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 66 (1881), S. 169; vgl. Marie-Louise Plessen: Kommunale Selbstverwaltung und Polizei. In: Berlin, Berlin (wie Anm. 4), S. 172.

44 Michael Erbe: Berlin im Kaiserreich. In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Geschichte Berlins. Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987, S. 759.

45 Die Oberbürgermeister aus dem Kaiserreich sind portraitiert ebd., S. 760 ff; zu Gustav Böß, OB von 1920 bis 29 vgl. Henning Köhler: Berlin in der Weimarer Republik. In: ebd., S. 827.

46 Vgl. dazu Bernd Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918. Münster 2004, S. 455. Übersicht über die Wahlergebnisse bei Erbe: Berlin (wie Anm. 44), S. 772 f sowie ausführlich in Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse – Kandidaten – Ergebnisse. Düsseldorf 2007, Bd. 1, S. 114-137.

1867 ein Mandat für den Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewann.⁴⁷

V.

Diese zeitweise starke Position des Linksliberalismus in Berlin müsste doch auch in der allgemeinen Berliner Erinnerungskultur Spuren hinterlassen haben. In der Tat gibt es zahlreiche Straßen, die einen Bezug zum Liberalismus haben, wobei sich die Gesamtzahl der »liberalen« Straßennamen, selbst wenn man sie wie hier vorgegeben auf parteilich organisierte Liberale beschränkt, nur sehr schwierig feststellen lässt, da das einschlägige Verzeichnis sich auf die Erläuterung »Politiker« oder »Kommunalpolitiker« beschränkt.⁴⁸ Gerade aber bei Letzteren fällt eine eindeutige Zuordnung häufig schwer bzw. ließe sich nur bei langwierigen Recherchen gewinnen. Natürlich sind die heute bekanntesten Liberalen auch mit mehr oder minder bedeutenden Straßen vertreten, siehe Theodor-Heuss-Platz oder Stresemann-Strasse. Dass Straßennamen gewissermaßen »denkmalsanalog« erscheinen und »als Markierung auf der mentalen Landkarte einer Kultur« gelten können,⁴⁹ erweist sich beispielsweise an der heutigen Naumannstraße, in die der ehemalige Königsweg 1929 umbenannt wurde. Friedrich Naumann hatte dort in Schöneberg seinen Berliner Wohnsitz und fand in der Nähe seine letzte Ruhestätte.⁵⁰ Trotz der Ballung von Erinnerungselementen an dieser Stelle – neben dem Straßennamen weisen noch eine Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus sowie ein Ehrengrab auf Naumanns Wirken hier hin – erscheint es doch diskutabel, ob es sich um einen liberalen Erinnerungsort handelt: Gedenktafel und Grabinschrift nennen nur Namen und Daten des zu Erinnernden, woran eigentlich erinnert werden soll, bleibt dem Betrachter selbst überlassen.

Dies scheint das Problem bei vielen ähnlichen »Erinnerungsstücken«, die hier als »Erinnerungsorte der Liberalen« bezeichnet werden sollen, zu sein: Von offizieller Seite, d. h. der städtischen Verwaltung eingerichtet, stellen sie kaum oder gar keinen liberalen Bezug her. Das Haus, in dem Theodor Heuss während der Weimarer Republik wohnte, weist ebenso wie der Theodor-Heuss-Platz nur auf den späteren Bundespräsidenten, nicht aber den liberalen

47 Vgl. Jürgen Frölich: Die Berliner »Volks-Zeitung« 1853-1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen »Reaktion« und »Revolution von oben«. Frankfurt/M. 1990, S. 361 ff. Dies »Versehen« wurden beim zweiten Wahlgang des Jahres 1867 auch sogleich korrigiert, ebd., S. 373 f.

48 Sylvia Lais/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Lexikon Berliner Straßennamen. Berlin 2004.

49 Maurer: Kulturgeschichte (wie Anm. 7), S. 63.

50 Vgl. Lais/Mende (wie Anm. 48), S. 318, Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 27), S. 320, Hans-Jürgen Mende: Alter Zwölf-Apostel-Friedhof. Berlin 2007, S. 45 ff. sowie ders., Lexikon (wie Anm. 42), S. 315.

Publizisten und Abgeordneten hin.⁵¹ Gleiches gilt auch für Grabstätten von Liberalen, selbst wenn es sich um Ehrengräber handelt: Bei Rudolf Virchow, dessen Grabstätte auf dem Alten St. Matthäus-Friedhof in der Schöneberger Großgörschenstrasse befindet,⁵² nennt selbst die spätere Erläuterungstafel nur, dass er politisch sich als »Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses« engagiert habe. Ähnlich politisch neutral gehalten sind die am gleichen Ort befindlichen Grabstätten von David Hanseemann, Wilhelm Loewe(-Calbe) oder Heinrich von Sybel.⁵³ Nur bei Adolf Diesterweg wird in dem späteren Erläuterungsschild dessen »liberale Gesinnung« angesprochen.⁵⁴ Abgesehen von Hanseemann, wo die Deutsche Bank die Pflege übernommen hat, und Stresemann⁵⁵ sind diese Grabstätten auch zumeist vergleichsweise schlicht gehalten, womit es für größere Maßnahmen zur Erinnerungspflege wenig Raum gibt. Das hat zwar die DDP nicht davon abgehalten, am Grab Naumanns Gedenkveranstaltungen abzuhalten, bei der aus Anlass des 10. Todestages 1929 Theodor Heuss sprach.⁵⁶ Diese Versuche, daraus einen liberalen Erinnerungsort zu machen, erfolgten aber vergleichsweise spät, galten einer Persönlichkeit, deren Berlin-Bezug sicherlich weniger ausgeprägt war als in anderen Fällen, und entwickelten vielleicht deshalb keine richtige Nachhaltigkeit. Zumindest ist diese Tradition spätestens 1933 abgebrochen und auch später zumindest nicht nachdrücklich wieder aufgenommen worden.⁵⁷ Immerhin stellt sie aber einen Beleg für Bemühungen um eine liberale Erinnerungskultur in Berlin da.

VI.

Was ist neben dem Naumann-Grab von den parteipolitisch organisierten Liberalen in Berlin selbst als Erinnerungsort angesehen worden bzw. wo hat man von dieser Seite erkennbare Anstrengungen unternommen, einen solchen zu kreieren? Und, falls es so etwas wie eine liberale Erinnerungs- oder

51 Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 27), S. 203 f u. 308. Bei Gedenktafeln neueren Datums ist dies offenbar anders, vgl. die alte und die neue Gedenktafel zu Rudolf Virchow, ebd., S. 132 u. 473.

52 Mende: Lexikon (wie Anm. 42), S. 310, vgl. allgemein auch Liste und Daten von Berliner Ehrengräbern unter www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/friedhoefe_begraebnisstaetten/downloads/eg-liste.pdf

53 Vgl. auch Mende: Lexikon (wie Anm. 41), S. 302, 305 u. 309; Hanseemann hat kein Ehrengrab bekommen.

54 Vgl. ebd., S. 300.

55 gl.de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gustav_Stresemann-artist-Hugo_Lederer.jpg.

56 Vgl. die Abbildung in Thomas Hertfelder/Christiane Ketterle (Hrsg.): Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Stuttgart 2003, S. 56.

57 Im Rahmen der 50-Jahr-Feierlichkeiten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat deren Vorsitzender, Wolfgang Gerhardt, an Naumanns Grab einen Kranz niedergelegt, vgl. www.fnst-freiheit.org/uploads/896/PM_Kranzniederlegung.pdf.

Geschichtspolitik in Berlin gegeben hat, ließe sich daran heute von interessierter Seite wieder anknüpfen? Bei der wie skizziert zeitweise starken Stellung des liberalen Bürgertums in der preußisch-deutschen Hauptstadt lag es natürlich nahe, dass dieses versuchte, auch erinnerungspolitisch Pflöcke einzuschlagen. Ein Anknüpfungspunkt war natürlich die Revolution von 1848, die beim Erstarken des organisierten Liberalismus um 1860 kaum ein Jahrzehnt zurücklag und an die es noch viele direkte Erinnerungen gab. Allerdings taten sich hier, wie eine neuere Untersuchung sehr schön darlegt, die Berliner Liberalen sehr schwer, schwerer zumindest als ihre Gesinnungsfreunde in Frankfurt am Main. Denn das markanteste Datum der Berliner Revolutionsgeschichte war nicht mit Parlamentarismus und Verfassungsgebung, sondern mit opferreichen Straßenschlachten verknüpft.⁵⁸ Dennoch oder gerade deshalb hatten die Berliner Stadtväter noch 1848 beschlossen, die Toten vom 18. und 19. März würdig zu beerdigen und an sie dauerhaft zu erinnern.⁵⁹ In der Reaktionszeit nach dem Scheitern der Revolution wurde dies von den Obrigkeiten untersagt und nach den Ereignissen zwischen 1866 und 1871 schien die Märzrevolution in vielen, auch liberalen Augen widerlegt. So stritt die Berliner Fortschrittspartei 1873 darüber, ob man am 18. März der gefallenen Barrikadenkämpfer offiziell gedenken sollte. Ein Teil der Linksliberalen – die Nationalliberalen sowieso – lehnte dies ab, der linke Flügel der Fortschrittspartei unternahm aber dennoch eine Gedenkfeier, übrigens unter Hinzuziehung demokratischer Elemente wie Leopold Sonnemann und mit schwarz-rot-goldenem Hintergrund.⁶⁰ Diese ambivalente Haltung lud natürlich die konkurrierenden politischen Kräfte auf der Linken geradezu ein, diese Traditionslinie für sich zu reklamieren. So wurden die Gräber im Friedrichshain zur »zentrale(n) Kultstätte des sozialdemokratischen Gedenkens an die 48er Revolution«.⁶¹

Auch später nahmen die Linksliberalen gegenüber den Märzgefallenen eine gesplante Position ein; zwar suchten Teile des Freisinns 1898 mit schwarz-rot-goldenen Schleifen und Kränzen im Friedrichshain dem vorherrschenden Rot der Arbeiterbewegung einen Kontrapunkt entgegenzusetzen, aber die Parteiprominenz blieb solchen Feierlichkeiten fern.⁶² Auch wenn 1923 sogar der DDP-Innenminister bei einer solchen Kranzniederlegung sprach, blieb das Mahnmal der Märzgefallenen doch auf Dauer immer mehr hinter der Pauls-

58 Vgl. zum Folgenden Claudia Klemm: *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur*. Göttingen 2007.

59 Siehe auch Görtemaker (wie Anm. 9), S. 121 ff.

60 Vgl. Klemm (wie Anm. 87), S. 73–82.

61 Daniel Bussenius: *Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er Revolution 1918–1925*. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Der Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*. Göttingen 2004, S. 93; vgl. Bettina Effner: *Das schwierige Erbe der Revolution. Die Auseinandersetzung mit 1848/49 in liberaler Politik und Publizistik der Bismarckzeit*. In: ebd., S. 51 f.

62 Vgl. Klemm (wie Anm. 58), S. 136 f, 159.

kirche als Erinnerungsort der Liberalen zurück, weil diese sich weit besser für ein gesamtliberales Gedenken von den Demokraten bis hin zu den Nationalliberalen eignete und außerdem von politischen Konkurrenten nicht so leicht okkupiert werden konnte.⁶³ 1948 schließlich wurde von einem führenden Liberaldemokraten der Friedrichshain regelrecht als spezifisch liberaler Erinnerungsort aufgegeben und in den Dienst des gesamten »antifaschistischen Blocks« gestellt.⁶⁴

VII.

Führt also auch diese Spur, Erinnerungsorte der Liberalen in Berlin dadurch auszumachen, dass den liberalen Initiativen, das »kommunikative Gedächtnis« in ein »kulturelles Gedächtnis« zu überführen⁶⁵, nachgegangen wird, in eine Sackgasse? Nun war der Friedrichshain nicht der einzige Ansatzpunkt der Berliner Freisinnigen, Gedenken aus liberaler Perspektive zu konstituieren. Dabei bedienten sie sich auch und vor allem des Instrument, das kennzeichnend wurde für die Gedenkkultur im späten 19. Jahrhundert, der Denkmäler.⁶⁶ Die früheste diesbezügliche Initiative wurde bereits unmittelbar nach Lockerung der auf die Revolution folgenden Reaktionspolitik zu Beginn der Neuen Ära gestartet. Allerdings dauerte es zwölf Jahre von der Grundsteinlegung bis zur Einweihung, obwohl der Gedenkgegenstand äußerlich scheinbar unpolitisch im Gewand der Literatur daher kam. Aber der Ausgangspunkt, die Schillerfeiern von 1859, lag unter Federführung des Deutschen Nationalvereins und hatte einen durchaus politischen Aspekt, galten sie doch dem »Dichter der Freiheit«, der aber zugleich als Symbol für die nationale Einheit unter liberaler Führung stand.⁶⁷ Als jedoch 1871 das Denkmal endlich auf dem Gendarmen-Markt eingeweiht wurde, hatte sich die politische Konstellation bekanntlich fundamental geändert und war Schiller mehr oder minder zu einem parteiübergreifenden gesamtdeutschen Heros geworden, dem auch die herrschenden Fürsten und konservative Kreise ihre Aufwartung machten. Liberale spielten dann bei der Enthüllung nur noch eine Rolle unter anderen und waren sich überdies nicht ganz einig über die Symbolik.⁶⁸

63 Vgl. ebd., S. 213-217, 589.

64 Vgl. ebd., S. 335.

65 Vgl. dazu im Anschluß an Jan Assmann Heinrich August Winker: Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Deutungsmacht (wie Anm. 60), S. 12.

66 Vgl. Ulrich Schlie: Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen. München 2002, S. 50, Maurer: Kulturgeschichte (wie Anm. 7), S. 175.

67 Otto Dann: Schiller, in: François/Schulze (Hrsg) (wie Anm. 12), Bd. 2, S. 178 ff.

68 Vgl. dazu jetzt Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 614-618. Eine sehr ähnliche Entwicklung nahm offenbar auch die Entstehung des Humboldt-Denkmal vor der Universität, vgl. Isidor Kastan: Berlin wie es war. 10. Aufl. Berlin 1925, S. 31 f.

Wenn wir die ebenfalls in ihrer Symbolik umkämpften Denkmals-Initiativen zum Turnvater Jahn, eingeweiht 1872, und zum Freiherrn vom Stein, Enthüllung 1875,⁶⁹ außer Betracht lassen, dann bleiben aber immerhin drei Denkmäler, die um 1900 nahe des Berliner Zentrums aufgestellt wurden und deren liberale Konnotation sich nun nicht bestreiten ließ: Es waren dies das Denkmal für den Achtundvierziger und Mitbegründer der Deutschen Fortschrittspartei Franz Leo Benedikt Waldeck (1802-1870)⁷⁰, das nach längerer Planung 1890 in der Oranienstrasse auf einem Friedhof aufgestellt wurde,⁷¹ dann das Denkmal für Hermann Schulze-Delitzsch, den »Vater des Genossenschaftswesens« und wie Waldeck ebenfalls Mitbegründer der Fortschrittspartei sowie linksliberaler Abgeordneter für Berlin im Norddeutschen Reichstag,⁷² dessen erhöhte Statue seit 1899 am Beginn einer südöstlichen Ausfallsstrasse unweit des Geburtshauses von Gustav Stresemann steht⁷³ und schließlich das 1910 unweit der Charité errichtete Denkmal für Rudolf Virchow.⁷⁴ Auch dieser war – neben seiner bekannten Tätigkeit als Arzt – Begründer der Fortschrittspartei und Land- sowie Reichstagsabgeordneter für Berlin, aber auch lange Zeit kommunalpolitisch aktiv gewesen.⁷⁵ Ein geplantes Denkmal für Eugen Richter kam dagegen wegen des Ersten Weltkrieges offenbar nicht mehr zustande, obwohl bereits ein offizielles Zugeständnis vorlag.⁷⁶ Dennoch, mit diesen drei Denkmälern, alle heute im eigentlichen Zentrum Berlins gelegen, hat man drei Erinnerungsorte, die erstens von den lokalen Liberalen selbst als solche gewollt worden sind. Ihnen ist zweitens gemeinsam, dass sie an die Gründung der Fortschrittspartei und damit an die Grundlegung der (links)liberalen Epoche in der Berliner Stadtgeschichte erinnern. Darüber hinaus weisen sie auf drei unterschiedliche, für den Berliner Links-Liberalismus wichtige Aspekte liberaler Tätigkeit in und für Berlin hin: mit Benedikt Waldeck auf die Verfassungskämpfe von 1848 und der 1860er

69 Vgl. ebd., S. 486 ff u. 491 ff.

70 Zu ihm vgl. Manfred Botzenhart: Benedikt Waldeck. In: Westfälische Lebensbilder Bd. 13 (1985), S. 108-129.

71 Vgl. Klemm: *Erinnert* (wie Anm. 58), S. 83 f, Kastan (wie Anm. 68), S. 32 f und Rausch: *Kultfigur* (wie Anm. 2), S. 498 ff. Das mit einer wechselvollen Geschichte versehene Denkmal ist u. a. abgebildet bei de.wikipedia.org/wiki/Bild:Waldeck-Denkmal%2C_Waldeck_park.jpg und – mit falschem Fürstentitel (!) – bei www.bildhauerei-in-berlin.de/_html/_katalog/details-1653.html.

72 Rita Aldenhoff: *Schulze-Delitzsch*. Baden-Baden 1984.

73 Rausch: *Kultfigur* (wie Anm. 2), S. 500 ff.; abgebildet bei de.wikipedia.org/wiki/Bild:Berlin_-_Denkmal_Hermann_Schulze-Delitzsch_1.jpg u. www.mgv-info.de/downloads/wir/w-2004-08-s05.pdf

74 Vgl. ebd., S. 505; Abbildungen in de.wikipedia.org/wiki/Bild:Denkmal_f%C3%BCr_Rudolf_Virchow_in_Berlin.jpg u. www.bildhauerei-in-berlin.de/_html/_katalog/details-394.html

75 Constantin Goschler: *Rudolf Virchow. Mediziner – Anthropologe – Politiker*. Köln 2002, S. 211-278.

76 Vgl. Rausch: *Kultfigur* (wie Anm. 2), S. 506 f.

Jahre,⁷⁷ mit Virchow auf die kommunalpolitische Arbeit des Freisinns⁷⁸ und mit Schulze-Delitzsch auf die heute weithin vergessene liberale Sozialpolitik, die gerade in Berlin im späten 19. Jahrhundert großen Anklang fand.⁷⁹ Dieses letzte Denkmal war ursprünglich geradezu als ein rein »sozialpolitisches« Monument camouffiert worden, doch die von der Stadt und der freisinnigen Prominenz aufwendig begangene Einweihung wurde dann auch dazu genutzt, um am Beispiel von Schulze-Delitzsch den Anteil des Liberalismus an der Nationalstaatsgründung gebührend herauszustellen.⁸⁰ Gerade diese Erinnerungsfeiern von 1899 zeigen, dass die Linksliberalen den Kampf um den Erinnerungsort Berlin nicht aufgegeben hatten und sowohl der monarchisch-konservativen Konkurrenz von rechts als auch den Sozialdemokraten Paroli zu bieten gewillt waren. Mit Hinblick darauf kommt auch eine neuere Untersuchung zu dem Schluss: »Der Anlauf zu einer dezidiert linksliberalen Gedächtnisbildung und Reklamierung von Beteiligungsrechten am nationalen Symboldiskurs hat allerdings, wenn auch unter mancher Restriktion, durchaus vernehmlich stattgefunden.«⁸¹ Theodor Heuss übrigens hat in seiner großen öffentlichen Ansprache aus Anlass der Gründung der FDP-Bundespartei ausdrücklich an das Schulze-Delitzsch-Denkmal erinnert, was zeigt, dass es zumindest in der frühen Nachkriegszeit noch nicht ganz vergessen war.⁸² Allerdings kann auch bei diesen Denkmälern nicht von einer nachhaltigen liberalen Erinnerungskultur die Rede sein, wozu im Falle von Schulze-Delitzsch und Virchow auch ihre Lage im Osten der Stadt beigetragen hat. Dennoch ist bislang weder etwas über eine liberale Erinnerungsarbeit vor 1933 dort noch nach 1945 für das im Westen verbliebene Waldeck-Denkmal bekannt. Interessanterweise teilten das westliche Waldeck-Denkmal und das östliche Schulze-Delitzsch-Denkmal das Schicksal, über längere Zeit von ihrem ursprünglichen Standort entfernt gewesen zu sein, um dann nach Jahr-

77 Der Gedanke zu einem Denkmal für den 1870 gestorbenen, in Berlin sehr populären Waldeck, der allerdings kein Ehrengrab bekam, vgl. Mende: Lexikon (wie Anm. 46), S. 56, kam offenbar bereits im Zuge des fünfundzwanzigjährigen Revolutionsjubiläums 1873 auf, vgl. Klemm (wie Anm. 53), S. 83 f.

78 Vgl. dazu Constanin Goschler: Infrastruktur-Liberalismus – Rudolf Virchow als Berliner Kommunalpolitiker. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18 (2006), S. 45-58; allerdings enthält das Denkmal im Gegensatz zur Tafel an Virchows Wohnhaus ebenso wie sein Grab keinen Hinweis auf diese kommunalpolitische Wirksamkeit, vgl. Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 26), S. 133.

79 Günter Richter: Zwischen Revolution und Reichsgründung, in: Ribbe (Hrsg.) (wie Anm. 43), Bd. 2, S. 680.

80 Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 500-504.

81 Ebd., S. 635, vgl. ebd., S. 691: »Selbst gemessen an Vielzahl und Pomp von Monarchendenkmälern ist damit von einem Defizit an bürgerlich-nationaler Symbolik und entsprechenden Voten nicht zu sprechen.«

82 Vgl. Theodor Heuss: Unsere deutsche Mission. (1948) Zitiert nach Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, S. 539.

zehnten wieder dorthin zurückzukehren. Während die Rückkehr von Schulze-Delitzsch von genossenschaftlicher Seite betrieben wurde,⁸³ konnte über die Hintergründe bei Waldeck bislang nichts herausgefunden werden.

VIII.

Wie im Falle Naumanns gibt es aus der Zeit nach der eigentlichen Hochphase des Liberalismus in Berlin noch ein Erinnerungsmoment, das ebenfalls die hier angelegten Kriterien für einen liberalen Erinnerungsort erfüllt und zugleich sowohl noch auf einen weiteren Aspekt, der den Liberalismus mit Berlin verbindet, hinweist. Obendrein erinnert es wiederum – anders als bei Waldeck, Schulze-Delitzsch und Virchow – an einen in Berlin geborenen Politiker mit liberalem Hintergrund. Gemeint ist die Gedenktafel an der Stelle, wo Walter Rathenau 1922 auf dem Weg zu seinem Amtssitz im Auswärtigen Amt ermordet wurde.⁸⁴ Der Gedenkort geht wiederum auf lokale liberale Initiativen zurück, diesmal Kreise der Berliner DDP. Die 1929 aufgestellte Tafel wurde nach dem Ende des Dritten Reiches von der LDP-Parteileitung erneuert, weshalb nunmehr Wilhelm Külz als Stifter genannt wird.⁸⁵ Damit fällt auch diese Gedenktafel zunächst einmal genau wie die drei vorherigen Denkmäler – und in gewisser Weise auch das Grab Naumanns – unter die Rubrik des »kommunikativen Gedächtnisses«.⁸⁶ Denn alle diese Erinnerungssymbole wurden initiiert von – liberalen – Personen, die an die jeweiligen Personen und Vorgänge noch eine persönliche Erinnerung hatten. Das gilt sowohl für Rudolf Virchow, der bei Einweihung des Erinnerungsmoments für Schulze-Delitzsch sprach⁸⁷, als auch die führenden Liberaldemokraten von 1945/46, die wie Külz oder Eugen Schiffer Walter Rathenau noch zu Beginn der 1920er Jahre im Umfeld der DDP begegnet waren und die Ermordung des ersten »liberalen« Außenministers bewusst miterlebt hatten.

Inwieweit diese liberalerseits angestoßene Tradition heute noch lebendig ist, kann und soll an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Immerhin gab es in jüngster Zeit liberalerseits mehrfach erinnerungspolitische Rückgriffe auf Friedrich Naumann und seine Schöneberger Erinnerungsmomente.⁸⁸

83 Vgl. www.mgv-info.de/downloads/wir/w-2004-08-s05.pdf.

84 Vgl. Hübner: Gedächtnis (wie Anm. 26), S. 271, Abbildung bei de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gedenkstein_Walther_Rathenau.JPG.

85 Hübner, ebd., vgl. Sabrow: Rathenau (wie Anm. 14), S. 616.

86 Vgl. oben Anm. 64.

87 Rausch: Kultfigur (wie Anm. 2), S. 501 f.

88 Vgl. www.julis-ts.de/2008/08/24/flyer-aktion-zum-todestag-von-friedrich-naumann sowie oben Anm. 56.

Wohl aber kann hier abschließend festgestellt werden, dass es für Berlin genügend Ansatzpunkte für eine liberale Erinnerungskultur gibt: Erstens spielte allein schon der parteipolitisch organisierte Liberalismus, auf den sich diese Überlegungen konzentrierten, eine bedeutende Rolle sowohl in der Geschichte der Stadt selbst als auch auf den in der Stadt zwischen 1848 und 1933 existierenden politischen Foren. Mithin kann für Berlin eine für die Erinnerungskultur unentbehrliche »liberale Substanz« nicht bezweifelt werden. Zweitens hat es von verschiedenen Seiten Bemühungen gegeben, die Erinnerung an diese liberalen Aspekte in der Stadtgeschichte wach zuhalten, so dass in Berlin heute nicht nur viele Erinnerungsorte der Liberalen, besser gesagt an Liberale, existieren, sondern sogar auch einige liberale Erinnerungsorte. Beide Kategorien lassen sich dadurch grob unterscheiden, dass die Einrichtung eines »Erinnerungsort der/an Liberale(n)« eher ein formaler, verwaltungstechnischer Akt ist, wobei der liberale Bezug zum Ausdruck kommen kann, aber nicht muss und es häufig – siehe die vielen nach Liberalen benannten Straßen oder die zahlreichen Ehrengräber – auch nicht tut. Dagegen zeichnet sich ein »liberaler Erinnerungsort«, der natürlich gerade in Berlin mit seiner liberalen Tradition in der Stadtverwaltung auch auf eine Verwaltungsinitiative zurückgehen kann, noch dadurch aus, dass damit erstens bewusst eine politische Demonstration verbunden war und/oder dass sich liberalerseits um eine Erinnerung an die liberale Substanz dieses Erinnerungsortes bemüht wurde. Dies trifft zumindest zeitweise für die erwähnten drei Denkmäler im Berliner Zentrum, für den Rathenau-Gedenkstein im Grunewald und für den Erinnerungskomplex um Friedrich Naumann in Schöneberg zu. Der heutige Berliner Liberalismus und die Liberalen in Berlin haben also eine Reihe von Ansatzpunkten, ihre eigene liberale Tradition hochzuhalten.

Ob, wenn man in dieser Hinsicht größere Anstrengungen unternehmen sollte, damit die eingangs skizzierte, immer noch vorherrschende Erinnerung an den, zum Teil sehr unheilvollen »Machtort Berlin« verdrängt werden kann, ist jedoch kaum zu erwarten. Wohl aber könnte beim erinnerungspolitischen Bemühen um die liberalen Aspekte in der Geschichte Berlins dessen Bild in der allgemeinen Erinnerung vielschichtiger und damit wohl auch angemessener seiner Rolle in der jüngeren Entwicklung Deutschlands werden.

